

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Zerlagspreis vierteljährlich 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: Joh. Jährem.
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rötterstraße 16 b II.
Fernsprecher: Nr. 8800.

Anzeigengebühr für die sechspaltige Kolonelle:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, andere Anzeigen 2 Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Die Zukunft der Arbeiter

Dienstbesessene Febern sind eifrigst dabei, dem „niedern Volk“ begreiflich zu machen, wie glücklich es sich schätzen dürfe, des Segens eines durchaus bewährten Systems teilhaftig zu sein. Der Krieg habe das nun noch ganz besonders deutlich gemacht. Zum Beweise wird auf die „westlichen Demokratien“ verwiesen, wie dort so ziemlich alles schlechter eingerichtet sei als bei uns. Ergo könne unser Volk durch eine Demokratisierung der öffentlichen Einrichtungen nicht gewinnen. Man braucht ja demgegenüber nur auf die verlotterten Zustände in dem Bar von jeder Demokratie mißregierten Kaiserreich Rußland, man kann jetzt auch auf das Königreich Rumänien hinweisen, über dessen verrotzte innerpolitische Zustände heute in unseren konservativsten Zeitungen Schilderungen allerübelster Art zu lesen sind. Was es mit der „bourgeois“-„Demokratie“ des Westens auf sich hat, darüber besitzen wir jetzt eine Tatsachensammlung, die sonnenklar erhellt, daß kapitalistische und bürokratische Korruption nicht an eine bestimmte Staatsform oder Verfassungsform gebunden ist, sondern in gleicher Fülle wuchert sowohl in Republiken wie in Monarchien. Auf die Wirtschaftsform kommt es an. Das bringt uns jetzt Gustavus Myers in seiner zweibändigen „Geschichte der großen amerikanischen Vermögen“ (G. Fischer Verlag, Berlin 1916) mit seltener Wucht wieder zum Bewußtsein.

Es ist keine „Geschichte“ im landläufigen Sinne dieses Wortes, vielmehr eine mit ungeheurer Fleiß durchgeführte Sammlung und Sichtung von Tatsachen über die moderne amerikanische Wirtschaftsentwicklung, gruppiert in Beziehung zu den betrachteten „Herren“ unter den Dollarfürsten. Myers ist Sozialist, ist wohl durch die Erforschung der „Goldentaten“ der Gould, Morgan, Vanderbilt, Carnegie usw. zu einem Sozialdemokraten recht radikaler Färbung geworden. Als amerikanischer Schriftsteller ist er offen, am liebsten auffallende Aussprüche gewöhnt, nimmt er kein Blatt vor den Mund und nennt einen Dieb einen Dieb, einen Fälscher einen Fälscher, wenn es auch die erstklassigste Industrie- und Bankantokratie betrifft. Mag sein, daß die gerechte Empörung über die kapitalistischen Schandtaten den Schriftsteller Myers hier und da mit seinem Urteil über das Ziel hinaus schießen läßt, streicht man dies aber ab, so bleiben noch so unendlich viele fürchterliche Anklagen — gestützt auf die Benutzung der Akten des Parlaments, der Gerichte, besonderer amtlicher Untersuchungskommissionen — übrig, daß ein zukünftiger Geschichtsschreiber unseres hochkapitalistischen Zeitalters diese Geschichte der großen amerikanischen Vermögen als eine ungemein wichtige Quelle benutzen muß.

Fälschungen von Konzessionen, frechster Raub ungeheurer Landesbeständen, Diebstähle am öffentlichen Eigentum wie Waldbestände, Mineralfelder, Gelände für Verkehrsanlagen usw., Plünderung der Staats- und Gemeindegüter, namentlich eine himmelschreiende Raub- und Verschwendungswirtschaft während der „goldenen Zeit“ des amerikanischen Bürgerkrieges, Leistung von Meineiden um gefälschte Weisheiten zu gewinnen, Korruption von Parlamentariern, Staatsmännern und Richtern durch planmäßige Weichei und Wechsellagerung, schamlose Vernichtung von mittelständischen Wettbewerbern, demoralisierendste Ausbeutung der Arbeitskräfte, dreifache Verschönerung der Schutzgesetze und Verhinderung von sozialpolitischen Gesetzesverbesserungen durch den Kauf einer Stimmenmehrheit im Kongresse, in den bundesstaatlichen Volksvertretungen und in den höchstgerichtlichen Kollegien — das waren und sind, wie Myers attemmäßig belegt, die hauptsächlichsten Mittel, mit denen sich die vorweggenannten großkapitalistischen Freibeuter von vermögenslosen oder mäßig besitzenden Leuten zu Kommandeuren über oft hunderte Millionen Dollar „emporarbeiteten“. Sie schritten rücksichtslos über Leichen!

Wie war, wie ist eine solche barbarische, wilde Freibeuterwirtschaft möglich in einem Lande mit „republikanischer“, „demokratischer“ Staatsverfassung? Darauf antwortet Myers: „Die Verfassung der Vereinigten Staaten in den verschiedenen Einzelstaaten und die Gesetze waren ... sämtlich durch die Interessen, Zwecke und Vorteile der Besitzenden beeinflusst... Zunächst diktierten die Grundbesitzer und die Herder die Gesetze.“ Dann bildete sich „eine dritte Klasse, die Banken, die nach einer fortwährenden Orgie der Verschwendung zu großer Macht gelangten“. Weiter nahm die Klasse der südstaatlichen Sklavenhalter und die der Fabrikbesitzer an der Gesetzgebung teil. Schließlich kam (1845 bis 1890) die „Klasse der Eisenbahnbesitzer“ zur Regierung und „sie verlor erst an Einfluß, als die industriellen Kräfte immer mächtiger wurden und die Zeit kam, da ein einziger Krust, die Standard-Oil-Company, ungeheure Eisenbahnlängen allein besaß.“ Nun beherrschen die Kräfte die amerikanische Gesetzgebung, die entscheidenden Gerichte; auch der Präsident der Vereinigten Staaten ist mehr oder weniger ein Krustwerkzeug, wenn auch von ihm gelegentlich ein Prozeß wegen Verletzung der Anti-Krustgesetze eingeleitet wird. Der verläuft wie das Hornberger Schießen, denn in dieser „westlichen Demokratie“ ist die eigentliche arbeitende Volksmasse von der Staatsregierung, Gesetzgebung und Rechtspflege ganz ausgeschlossen. Statt eines erblichen Monarchen herrscht ein Grüppchen ruppiger Plutokraten auf Grund einer privatrechtlichen „Ordnung“, die auch in den Monarchien als der vollwirtschaftlichen Weisheit letzter Schluss verhimmelt wird. Die Wirtschaftsform, nicht die Staatsform ist das Entscheidende, in den „modernen“ Demokratien sowohl wie in den absolutistischen Monarchien.

Dieses rücksichtslose „amerikanische“ Ausleben der privatkapitalistischen Eigenwirtschaft ist aber auch das Vorbild der Kreise bei uns, die jede demokratische Neuorientierung als eine Anbahnung der „Ochlokratie“ (Völscherherrschaft) wütend bekämpfen. Wie sich unter der Herrschaft von Plutokraten (Geldmännern) die Zukunft der Arbeiterschaft gestaltet, dafür bringt Myers erschütternde Beispiele, die von der am ärgsten bedrohten Arbeiterklasse nicht genug beherzigt werden können. Aus der großen Fülle des Stoffes sei

einiges herausgegriffen, das die Verhältnisse der Metallarbeiter und die Geschichte ihrer Vereinigung betrifft. Bereits im Jahre 1858 entstand im Pittsburger Gebiete eine Organisation der Puddler unter dem Namen „Söhne des Pulverwerks“. Sie erlangte mit der Zeit so großen Einfluß, daß die Unternehmer mit ihnen jährliche Tarifverträge abschließen. 1876 verbündeten sich mehrere Metallarbeiterorganisationen zu einem „Nationalverband der vereinigten Eisen- und Stahlwerker“. 1885 gehörten (nach Simmersbach) schon alle Eisenhüttenarbeiter des westlichen Pennsylvaniens, des hauptsächlichsten Einflußgebietes von Pittsburg, dem Nationalverbande an. Er hatte auch schon in Ohio, Indiana und Illinois Fuß gefaßt. Der Nationalverband machte den verhängnisvollen Fehler, sich gegen die sogenannten „ungelehrten Tagelöhner“ abspennd zu verhalten. Die Industriemittelverteilung verschob aber das Schwerkraft von der Eisenhütte in das Stahlwerk, in welchem, auch durch steigende Anwendung maschineller Hilfsmittel, immer mehr „ungelehrte“ Arbeiter Eingang fanden. Die handwerksmäßig ausgebildeten Puddler, das Rückgrat des Nationalverbandes, verloren immer mehr an Bedeutung.

Inzwischen war der „große Wohlthäter“ Carnegie vermögend geworden durch große Betriegerie bei Seereslieferungen während des Bürgerkrieges, zu einer vorherrschenden Stellung in der amerikanischen Eisen- und Stahlindustrie vorgezogen, ohne daß er technische Kenntnisse besaß. Carnegie nun ging brutal daran, die Organisation der Eisen- und Stahlwerker zu vernichten. Er begann mit der heuchlerischen Verkündung der „Harmonie zwischen Arbeit und Kapital“ und brachte es zunächst fertig, daß viele Arbeiter aus der Vereinigung ausschieden, um sich mit der Gesellschaft (Carnegie) zu verständigen“. Also dasselbe Verfahren, das heute bei uns mit der Aufspaltung der „wirtschaftsfriedlichen“ Gelben unternommen wird! Die Folge war, daß „Stahlarbeiter“, die früher bei achttündiger Schicht 120 Dollar monatlich bekommen hatten, später für zwölfstündige Schichten monatlich nur noch 60 Dollar erhielten! Das war die Frucht des Glaubens an die „Harmonie zwischen Kapital und Arbeit“. Carnegie hatte den Leuten durch traktandenhafte Schriften (der Stahlkönig ist sehr fromm und gottesfürchtig) begreiflich zu machen gewußt, daß es in ihrem Vorteil läge, die von der Arbeiterorganisation hochgehaltene Achttundenschicht preiszugeben, zwölfstündig zu arbeiten um ihren Wohlstand zu erhöhen. Schon 1888 hatte es Carnegie durch planmäßiges Heranziehen möglichst bedürftiger Arbeiter dahin gebracht, daß er in den Thompson-Werken weitere Verhandlungen mit der Arbeitervereinigung ablehnen und eine erhebliche Lohnkürzung durchdrücken konnte, bei gleichzeitiger Heraussetzung der Arbeitszeit von 8 auf 12 Stunden! Mit der noch am besten organisierten Arbeiterschaft in den Homestead Werken schloß Carnegie 1899, nach einem für die Arbeiter erfolgreichen Streik, nochmals einen Lohnvertrag ab, der 1892 ablief. Der Unternehmer verweigerte nun die Vertragserneuerung, besorgte sich besessene Banditen (Pinkertons) und es kam zu jenem Blutbad von Homestead, bei dem 62 Pinkertons und 198 Arbeiter teils getötet, teils verwundet wurden. Der fromme Wohlthäter Carnegie hatte sich aus dem Staube gemacht, um später betauern zu können, er habe von der ganzen Geschichte nichts gewußt; was natürlich kein Mensch glaubte. Wohl überwältigend die erbitterten Arbeiter die Pinkertons, mußten aber als Non-Unionen (Unorganisierte) zur Arbeit zurückkehren. Die Arbeiterorganisation war vernichtet! Der „wohlthätige“ Plutokrat dehnte seine Macht darauf aus, daß als 1901 die Vereinigung der Carnegiewerke mit den Morganwerken zu dem gewaltigen Stahlkrust (American Steel Corporation) vor sich ging, die Arbeiter keinerlei Einfluß mehr auf die Gestaltung der Arbeitsbedingungen ausüben konnten. Die Stahlkrustarbeiter gerieten in eine wenn auch nicht formelle so doch tatsächliche „Slaverei“.

„Damit“, so schreibt Myers, „Kiesengruben gemacht werden können, müßten die Arbeiter in den Stahlwerken und in den damit verbundenen Anlagen und Minen unter so harten, brutalen und erniedrigenden Verhältnissen schuften und existieren, daß eine noch so oberflächliche Schilderung dieser Verhältnisse Entsetzen hervorruft. Man findet sie in den Berichten des Arbeitsbüros der Vereinigten Staaten.“ Von den 173 000 Arbeitern in den Stahlkrustwerken ist die große Masse „ungelehrt“, größtenteils „kürzlich Eingewanderte, von denen der größte Teil nicht englisch spricht oder versteht“. Fast zwei Drittel dieser Ausländer „sind Sklaven“, unterwürdig, bedürftig, werden daher den anspruchsvolleren Einheimischen vorgezogen. Aus dem südlichen Europa, aus Asien und Afrika kommen diese Unglücklichen, ein buntes Gemisch von Völkern und Sprachen, eine abgefeimterdachte babylonische Verwirrung unter den Arbeitern, die sich nicht oder nur schwer verständigen können, im Gegenteil sich aus „nationalen“ Gründen gegenseitig bekämpfen zum Gaudium der Stahlkrustherren. Divido et impera! Teile die Lohnsklaven, dann kannst du sie beherrschen.

Wie haben sich unter der „wohlthätigen“ Plutokratie die Arbeitsverhältnisse gestaltet? Der Bericht des amtlichen Arbeitsbüros teilt mit: Vorherrschend ist die Zwölfstundenschicht geworden. Sieben Tage in der Woche wird so geschuftet. Die Qual eines zwölfstündigen (Arbeits)tages und einer siebenstündigen (Arbeits-)Woche wird nach größer durch die Tatsache, daß alle Woche oder alle zwei Wochen, je nach dem Modus, ... die Arbeiter 18 oder 24 Stunden bei der Arbeit bleiben... In diesen Fällen müssen sie sich alle Tage ihr bißchen Brot verdienen... Die jungen Arbeiter halten diese Nervenanspannung vielleicht eine Weile aus; von den alten sind einige so abgestumpft und abgehärtet, daß es auf sie keinen Eindruck mehr macht. Die meisten aber werden bald trumm und alt und bekommen jenen leeren sinnigen Wind, der für die hoffnungslos Gelnehteten charakteristisch ist, während in anderen Augen der Hag brennt gegen die Klasse und das System, die sie bedrücken. Den ganzen Tag lang

steht diese menschliche Fleischmasse den Maschinen zur Verfügung, die, sobald sie nicht mehr auf der Höhe sind, sogleich durch neue ersetzt werden. Genau dasselbe geschieht mit dem Arbeiter, der das „Beschleunigungssystem“ nicht mehr aushält; er wird auf die Straße geworfen und darf verhungern!

Das also ist die Zukunft der Arbeiter unter der zur völligen Herrschaft gelangten Plutokratie. Hoffnungslos Gelnehtete werden sie, menschliche Fleischmassen die zur Erhöhung des Reichtums weniger schamlos ausgepreßt werden. Sehen wir uns um die Stahlwerkindustrie Deutschlands, ob nicht auch hier schon mindestens Annäherung zur reifsten Ueberleitung in „amerikanische“ Verhältnisse vorhanden sind? Bedenken wir auch, welche ungeheure Verstärkung die kapitalistische Macht nun gerade durch die riesenhaften Kriegsgewinne erfährt. Da muß einem wirklich bange um die Zukunft der Arbeiterschaft Deutschlands, wenn wir sehen, daß immer noch ungeheure Massen mit der Verfassung bedrohter Lohnarbeiter gleichgültig das fürchterliche Verhängnis herankommen lassen, sich um Nichtigkeiten untereinander streiten, stumpfsinnigem Kram nachlaufen, den Befreiungsbestrebungen der gewerkschaftlichen Organisationen sogar entgegenarbeiten durch gehässige Artikel und superkluges Gerede.

Mann der Arbeit, aufgewacht! Es geht um deine Zukunft, um deine Freiheit, um die Zukunft deiner Kinder und Kindeskinde! Mächtig greift der kapitalistische Polyp um sich. Im Verband ist dein Platz, Arbeitsbruder! Wache auf, denn es geht um's Ganze!

Chemie und Technik als Hebel der Wirtschaft

Alles fliebt! Dieser Satz des alten Weisen wird auch in unserer Zeit noch lange nicht genug gewürdigt. Besonders treibend als Hebel der Entwicklung sind die Grundkräfte der Wirtschaft, sind die Kräfte, die bei der Wiederherstellung des stofflichen Lebens am wichtigsten sind. Nennen sich die Grundlagen der Wirtschaft, der Arbeitsverfassung, dann verschleibt sich damit früher oder später auch der gesellschaftliche Ueberbau. Und zwar gilt dies, was auch nicht immer beachtet wird, sowohl für das Verhältnis der Klassen in einer nationalen Volksgemeinschaft, wie auch für das Verhältnis der Völker und Staaten untereinander, es äußert sich in dem Emporstreben der Arbeiterorganisationen wie auch in den mehr oder weniger klaren oder unklaren Bestrebungen untergeordneter, sogenannter Imperialisten. Sehen wir ja doch in der Geschichte der Zeiten und Völker nicht nur Klassenkämpfe, sondern auch, wie ganze Staaten und Völker aufsteigen und wieder vergehen. Was da die Zeit einmal erfüllen soll, kündigt sich immer zuerst in den vorbrängenden Ideen an.

Wenn die treibenden Kräfte des Wirtschaftslebens samt all dessen Weiterwirkungen erörtert werden, wird in der Regel vor allem der Technik gedacht. Mit Recht; hat sie doch in wenig Zeit Wunderdinge geschaffen. Wie nahe liegt denn nicht noch die Zeit, da das Suchen nach dem brauchbaren lenkbaren Luftschiff vielfach mit zweifelnden Blicken betrachtet wurde. Und nun schwirren ganze Schwärme dieser Todesvögel in der Luft, und nun hat auch das Unterjoch als Handelschiff Amerika aufgesucht und damit eine gewaltige Tat vollbracht.

Weniger wird gemeinhin in der Öffentlichkeit der Chemie als Hebel der Wirtschaft gedacht, obwohl auch sie verdient, überall und weithin bei ihrem stillen Wirken beachtet zu werden. Allerdings ist die Chemie eine vergleichsweise junge Wissenschaft, die erst von unserer Zeit zu gewaltigem Schaffen ausersehen wurde. So recht im vollen wirtschaftlichen Sinne der Chemie heute in der Farbenindustrie. Wir sehen da zum Beispiel, wie aus Rückständen bei der Teerfarbenherstellung noch mancherlei Arzneien und andere Apothekerwaren, so Mittel gegen Fieber und Ausschlag, hergestellt werden, wir sehen in dieser „dreidigen“ Umgebung auch einen künstlichen Süßholz als weißes Pulver entstehen, der in Tablettenformen gepreßt wird. Die schillernden Regenbogenfarben des Teers bergen vielleicht noch manche Kräfte, die erst von der raslos forschenden, teilenden und ausfüllenden Chemie gemockt werden müssen. Schon in der Vergangenheit lehrte uns die Chemie den Wert der künstlichen Düngemittel schätzen, womit die Menschen zu einer beträchtlichen Ertragssteigerung des landwirtschaftlichen Bodens kamen. Es würde auch für die Einzelwirtschaft sehr von Vorteil sein, wenn die Chemie in der Küche mehr geschäftig würde. Unsere Hausmutter würde dann, um ein Beispiel anzuführen, nicht mehr den graugelben, schmutzig aussehenden Schaum sorgfältig von der Suppe entfernen, wenn sie erführe, daß es chemisch reines Eiweiß ist, das sie da fortwirft.

Wunderdinge hat die Chemie bereits in den Kriegsjahren geleistet, wenn darüber auch nicht allzuviel bekanntgegeben wurde. Wenn irgend ein für die militärische Verteidigung wichtiger Stoff knapp zu werden drohte, schaffte die Chemie in der Regel bald Rat. Die Menschen — so groß mit ihrer das Tierreich überragenden Vernunft und doch so winzig im Verhältnis zur Gesamtheit der Naturkräfte — sollten daran wieder erkennen, daß sie Gewaltiges vollbringen können, wenn sie ihre Kraft in der Richtung der Entwicklung wirken lassen, daß aber ihr Meinen und Wollen vergebens ist, wenn es diesen Entwicklungsgefahren widerstrebt. Und die Entwicklungsgefahren werden bestimmt von dem Verhältnis aller Gesamtkräfte und Spannungen, in die die Menschen verstrickt sind, wobei der Stand der Wirtschaft und ihrer Grundkräfte zwar nicht ausschließend, aber doch in'm meisten von Bedeutung ist. Und auch diese verhältnismäßige Bedeutung verschiebt sich jeweilig wieder.

Ueber die Kriegseigenschaften der Chemie wird die Öffentlichkeit aus naheliegenden Gründen wohl erst nach Beendigung des Völkerringens mehr und genauer erfahren. Einen Einblick gestattet aber schon der Bericht über die Tätigkeit des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Kohlenforschung in Mülheim an der Ruhr, der dem Kuratorium nach Mitteilungen der Tageszeitungen jüngst gegeben wurde. Die Anstalt wurde kurz vor dem Ausbruch des Krieges eröffnet. Es hieß, einen großen Raum im Bericht habe die Darstellung der zahlreichen Arbeiten eingenommen, die die Anstalt

zur Förderung der Landesverteidigung ausgeführt habe. Weiteres erfahren wir darüber aber jetzt noch nicht.

Ein weiterer Bericht des Direktors handelt von der Destillation der Kohle mit überhitztem Wasserdampf, wobei, wie erklärt wurde, ein Teer entsteht, der ganz andere Stoffe enthält als der gewöhnliche Gaskohlenteer. Er enthält nämlich Oele, die dem Petroleum nahe stehen, ferner Schmelzöle und Paraffin.

Weiter wurde darauf hingewiesen, daß sich alle alten und auch die geschiedenen neuen Untersuchungen doch nur eines geringen Bruchteils des Kohlenstoffs bedienten, während die Hauptmasse der Kohle verbrannt oder in Stoft umgeformt worden sei. Es sei deshalb anzustreben gewesen, die Kohle im ganzen in eine Form überzuführen, die chemischer Weiterarbeit zugänglich sei. Auch auf diesem Gebiete sei es gelungen, weiter in die Geheimnisse der Kohle einzudringen, es sei in dem Ogen ein Mittel gefunden worden, Kohle in einen in Wasser löslichen Stoff zu verwandeln. Der neue Stoff ist braun, riecht stark nach Karamell und ist von sauren Eigenschaften. Es wird als zweifelslos hingestellt, daß mit dieser Entdeckung eine Beschäftigung verbunden sei, die die Kohle „kohlensaures“ gemacht habe.

Auch auf dem Gebiete der Braunkohle wurde von Erfolgen berichtet, und zwar wurde ein Weg gefunden, aus dieser Kohle statt 12 vom Hundert Montanwachs nahezu doppelt so viel herauszuholen. Auch wurde für den bisher fast wertlosen Braunkohlenteer eine Verarbeitungsart gefunden, die der Lederindustrie erlauben soll, einen großen Teil ihres Feilbedarfs auf dem neuen Wege zu decken.

Der Eindruck, so heißt es schließlich, den die Kuratoriumsmitglieder von der Entwicklung des Kohlenforschungsinstituts gewonnen haben, ging dahin, daß in kurzer Zeit Ergebnisse zutage gefördert werden sind, die zu den schönsten Hoffnungen berechtigen. Mit klarem Will und fester Hand werde von dem Direktor und seinen wissenschaftlichen Mitarbeitern auf das große Ziel losgesteuert, die heimische Kohle in einem bisher ungeahnten Umfange dem Wohle des Vaterlandes dienlich zu machen.

Von diesem Ziele ist durchaus zu wünschen, daß es bestmöglichst erreicht werde, wie auch von den Fortschritten der rastlos voranschreitenden Chemie allgemein große Dinge erwartet werden können. Und es kann auch wohl erwartet werden, daß die Fortschritt, die die Chemie in der Kriegszeit gezeitigt hat, ein Ausnahmestadium und eine vorübergehende Erscheinung sein wird, die bald hinter der aufsteigenden Meritheit liegt. Um so ungeheurer kann dann in der goldenen Friedenszeit die Chemie ihre märchenhaft wunderbaren Kräfte entfalten. Lehrt uns die Chemie in der Landwirtschaft, daß die Erde kaum genug für Alle hat, daß die Ertragsfähigkeit des Bodens noch immer wesentlich gesteigert werden kann, so weist die Regsamkeit der jungen chemischen Wissenschaft darüber hinaus auch schon in Zeiten, wo es möglich werden mag, in weit größerem Umfange als bisher die Stoffe unmittelbar herzustellen, die der Mensch zum Leben notwendig gebraucht. Was sich dann nicht mehr genug Brot und Futtermittel für jedermann, dann mögen ihre wichtigsten Bestandteile aus dem, was die Natur den Menschen bietet, „extrahiert“ werden. An Grundstoffen ist und bleibt ja in der Natur übergenug vorhanden, wenn z. B. jetzt auch noch, um Fett zu gewinnen, der Umweg über Wiese und Kuh gemacht wird. Die Kriegszeit haben da schon in unserer Zeit mancherlei Kräfte geschaffen, die weiter treiben werden. Und eine gewisse Nachhilfe hat die Chemie da auch schon vor dem Kriege vorgenommen. So hat die Chemie in der „Somatose“ Fleisch sozusagen künstlich verdaut, indem die für die menschliche Ernährung überflüssigen Bestandteile des Fleisches schon in der Fabrik ausgegliedert wurden.

Zweifellos wird die Chemie in der Zukunft bei ihren Arbeiten voraussichtlich größere Beachtung finden, sie wird sich als gleichberechtigt neben die Technik stellen, ja diese womöglich in der Bedeutung für die Wirtschaft noch übertreffen.

Vom „Umlernen“ und andern Zeitgemäßen

Zu den mancherlei Ueberzeugungen, die der gegenwärtige Krieg der organisierten Arbeiterschaft gebracht hat, gehört als unangenehme keine Wirkung auf ihr Organisationsleben. Am meisten machten sich diese Ueberzeugungen in der politischen Organisation der Arbeiterklasse, in der sozialdemokratischen Partei geltend, bedeutend weniger in den Gewerkschaften, die weniger Gelegenheit zu theoretischen Erörterungen, desto mehr aber zu praktischen Handlungen bietet. Die volle Wirkung des Weltbrandes auf die deutsche Bevölkerung und unsere Volkswirtschaft ist jetzt noch nicht zu erkennen, verschiedene wirtschaftliche Fragen werden erst nach dem Kriege reif zu einer Beantwortung. Daß die Arbeiterschaft nach dem Kriege auf volkswirtschaftliche Fragen ein größeres Gewicht legen, sie eingehender studieren und sie gründlicher behandeln muß, dürfte aber jetzt schon für jeden klar sein, der aufmerksam und unteilnehmend die jetzigen Zeitereignisse verfolgt. Ebenso klar ist aber auch, daß man dabei in mancher Beziehung zu etwas anderen Urteilen, zu anderen Schritten kommt als bisher, daß man hinzuzusetzen „Umlernen“ muß. Leider wird diese nur etwa einem halben Jahrzehnt von dem österreichischen Genossen Leuthner in die Förderung geworfen, jetzt so beliebt und vielfach angewandte Bezeichnung ganz zu unrecht in Zusammenhang angeführt. Aus einer ganz natürlichen Sache wurde ein Schlagwort gemacht, dem in den meisten Fällen der Stempel der Dummheit, der Unschlüssigkeit und der Verachtung aufgedrückt wurde. Das aber kann und soll uns nicht abhalten, immer tiefer in die mit der Arbeiterbewegung zusammenhängenden Fragen einzudringen, sie zu untersuchen und ihre Ergebnisse unverhüllt und der Wahrheit gemäß zum Ausdruck zu bringen. Nicht gebrauchloses Nachsprechen der vor sich schwebenden ungeschriebenen Gebote zu irgend einer Sache, sondern unablässiges Erforschen des künftigen Stoffes muß unser Bestreben sein. Denn alles flieht, nichts ist beständig in der Natur als der ewige Wechsel. Dinge oder Umlernen ist — vorausgesetzt, daß es das Ergebnis genauer Prüfung und Untersuchung irgend einer Frage ist — nichts Kadelwertes und verdient darum nicht ohne weiteres gleich als „Schädigung der Arbeiterinteressen“ bezeichnet zu werden.

Die jetzt ein tieferes Eindringen der Arbeiterschaft in den volkswirtschaftlichen Ueberbau unserer gegenwärtigen Gesellschaftsordnung angeht, so notwendig ist, zeigt der Bericht im 19. Heft der Metallarbeiter-Zeitung mit der Überschrift: „Die Arbeiterbewegung in der Kriegszeit“ die Bedeutung der Kriegszeit für die Arbeiterbewegung sowie der Bericht aus Berlin über die gleiche Angelegenheit. Zu der von der Leipziger Verfassung angenommenen Resolution wird der Schlußsatz unserer Verbandsblätter: „Keine Schädigung der Arbeiterinteressen und Verletzung der gewerkschaftlichen Solidarität“ hervorgehoben, die Vermeidung der Katastrophe wird als „heiligste Aufgabe“ nach dem Wortschatz der Resolutionen bezeichnet und ein „arbeiterschaftliches Umlernen“ genannt. Ich sehe schon lange in der Arbeiterbewegung und habe schon viele Stimmen davon mitgehört; aber ich mag offen gestehen: eine ungeheurer Vermeidung eines Feindes habe ich noch nicht erlebt. Selbstverständlich soll den Leipziger sowie den Kollegen anderwärts das Recht freigestanden sein, die Resolutionen zu prüfen und abgelehnt zu werden, zu beschließen ist nur die Art und Form ihres Beschlusses; der Beschlusseinhalt ist aber, der gegen unsere Kollegen von der

bandorgan angeklagt wird, fordert zum Widerspruch heraus. Um was handelt es sich denn, was ist die Ursache der Entzweiung? Die Metallarbeiter-Zeitung hatte im Frühjahr die von der Reichsregierung ausgearbeiteten neuen Kriegsteuern einer Betrachtung unterzogen und dabei die Begründung durch die Regierung sowie teilweise ihre eigene Ansicht über die einzelnen Steuerpläne mitgeteilt. Das ist das gute Recht unserer Schriftleitung, ja sogar ihre Pflicht. Und deshalb schreibt der Kollege Lieberach in seiner Resolution gleich von einem „arbeiterschaftlichen Umlernen“ und ähnlichem, nur weil er nicht in der Lage ist oder war, den in dem betreffenden Aufsatz enthaltenen Gedankengang richtig zu erfassen und zu beurteilen. Die betreffende Resolution ist eine Verächtlichmachung der Geisteszfreiheit unserer Schriftleitung, gegen die entschärfte Verwahrung eingelegt werden muß. Sogar Lieberach und die Leipziger Kollegen das Recht für sich in Anspruch nehmen, ihre Ansicht über die Kriegsteuern der Öffentlichkeit kundzutun, muß dies auch unseren Kollegen von der Schriftleitung gestattet sein. Wie entriistet man sich oft in unsern Reihen, wenn die in kapitalistischen Diensten stehenden Personen ihren Vorgesetzten zu Gefallen schreiben, oftmals entgegen ihrer eigenen Ueberzeugung. Wie verächtlich spricht man da von kapitalistischen Goldschreibern! Soll dieses verächtliche System nun auch in unseren Reihen Eingang finden, sollen unsere geistigen Führer nur uns zu Gefallen reden und schreiben, die mancherlei politischen, sozialpolitischen und volkswirtschaftlichen Fragen nur nach der Leipziger Schablone beurteilen dürfen?

Ich habe mich bisher immer gefreut, daß unser Verbandsorgan zu allen Fragen und Erscheinungen des politischen und wirtschaftlichen Lebens selbständig Stellung genommen hat, ja, daß es uns sogar eigene Bücherbesprechungen und -Urteile brachte und nicht — wie das fast allgemein üblich ist — einfach von den Verlegern mitgeschickte Broschüren nachdruckte. Alle Achtung also vor der geistigen Selbstständigkeit und Kühnheit unserer Kollegen von der Schriftleitung. Diese geistige Selbstständigkeit soll und darf aber nicht eingeschränkt, die Denkfreiheit und Meinungsäußerung nicht unterbunden werden. Wohin soll es aber führen, wenn bei strittigen Fragen — wie das die Steuer- und andere volkswirtschaftliche Fragen nun einmal sind — gleich von Arbeiterverrat gesprochen wird, sobald unsere Schriftleitung einer andern Beurteilung als der vor einem Menschenalter entstandenen Raum gibt?

Mehr Duldbarkeit auf geistigen Gebiete, mehr Rücksicht auf die Freiheit des Denkens ist auch in unseren Reihen nötig!

Wie verhält es sich übrigens mit der Wirkung der indirekten Steuern, belassen sie in jedem Falle die Arbeiter schwerer als die direkten Steuern? In der Wirklichkeit ist das in vielen Fällen nicht der Fall. Hier einige Beispiele: Nach § 13 des Zolltarifgesetzes vom 25. Dezember 1902 hatten mit dem 1. April 1910 alle in den Gemeinden eingeführten (das heißt erhobenen) Aufschläge (Zölle) auf Lebensmittel, also auf Mehl, Brot, Getreide, Fleisch und Wildpret wegzufallen. Das machte für die in Betracht kommenden Gemeinden einen ganz erheblichen Ausfall an Einnahmen aus. So zum Beispiel für den Gemeindefiskus der Stadt Würzburg im Jahr 250 000 M. Die Folge dieses Einnahmeverlustes war eine Erhöhung der Gemeindefiskuslage, also der direkten Steuern. Im Jahr 1910 betrug die Erhöhung 15 vom Hundert, das heißt die Umlagen stiegen von 130 auf 145 vom Hundert. Dabei kommt in Betracht, daß in diesem Jahre der Ausfall sich nur auf ein Dreivierteljahr erstreckt, da die Aufschläge noch bis 1. April erhoben werden dürfen. Ferner standen in diesem Jahre noch Rechnungsüberschüsse vom Jahre 1908 in der Höhe von 308 330 M zur Verfügung, die zur Ausgleitung der Jahreserlösminderungen von 1910 verwendet werden konnten. Wäre dieser Einnahmeverlust von 1908 nicht vorhanden gewesen, dann hätte eine noch größere Umlagerhöhung eintreten müssen, etwa auf 170 bis 180 v. H., also um 40 bis 50 v. H. (Die Umlagerhöhung ist bei vielen Gemeindeverwaltungen und den darin herrschenden bürgerlichen Parteien zwar sehr beliebt, nichtsdestoweniger aber keine einwandfreie, empfehlenswerte, sondern im Grunde genommen eine ungeliebte, fehlerhafte Finanzpolitik.) Die Umlagerhöhung, das heißt die Erhöhung der direkten Steuern wurde aber dadurch um so drückender, als im selben Jahre auch der bayerische Staat die (direkten) Steuern um 22 v. H. erhöhte, die neben den Gemeindefiskuslagen noch bezahlt werden mußte.

Was war nun die Wirkung der Aufhebung der Aufschläge, der indirekten Steuer also? Der Brotpreis ging wohl für kurze Zeit um einen oder zwei Pfennig für das Pfund zurück, der Fleischpreis gar nicht und auch das Wildpret wurde nicht billiger. Bei dem Brotpreisrückgang war aber nicht der Wegfall des Aufschlages die Ursache, sondern die Furcht der Bäckermeister vor der Konkurrenz des Konsumvereins, der ohne Zögern mit dem Brotpreis herunterging und damit auch kräftig Klammerte. Wäre dieser Wettbewerb nicht gewesen, dann hätten die Bäckermeister ihre Absicht, den bestehenden Brotpreis beizubehalten, auch durchgeführt und es genau so gemacht wie die Metzgermeister, die mit den Fleischpreisen um keinen Pfennig heruntergingen. Begründet hätten es die Meister vom Vorkrieg in der gleichen Weise wie die Meister vom Nachkrieg: Die Geschäftskosten (besonders die Arbeiterlöhne) wären in der letzten Zeit so gestiegen, daß eine Preisermäßigung nicht erfolgen könne. Das konnten die Bäcker so gut wie die Metzger (Schlachter-) Meister machen, doch die Preise gab es damals nicht, an der willkürlichen Preisfestsetzung konnte sie niemand hindern. Das eigentliche Ergebnis der Aufhebung der Lebensmittelzuschläge war also: Die Lebensmittel wurden dadurch nicht billiger, während durch den Einnahmeverlust die direkten Steuern (Umlagen) in den Gemeinden erhöht wurden.

Die gleiche Wirkung auf die Finanzverhältnisse der Gemeinden ergab der Wegfall der Aufschläge natürlich auch an anderen Orten, wenn auch die örtlichen Verhältnisse mehr oder weniger günstige Beschaffenheiten mit sich brachten. In Bayern machte sich dadurch fast in allen größeren Gemeinden die zugenommenen Steuern, die den bayerischen Gemeinden für ihre Steuer- und Einkommensverhältnisse gestellt sind, zuzüglich dieser zur Erhebung von Aufschlägen, Gebühren und indirekten Steuern aller Art, weswegen Aufschläge auf Lebensmittel nahezu in allen größeren Orten eingeführt waren) eine Erhöhung der Umlagen notwendig. Nachstehend einige Beispiele von größeren und mittleren Städten. Es erfolgte 1910 eine Umlagerhöhung in Regensburg um 10, Bensberg um 12, Bayreuth um 10, Jülich um 21, München um 10, Nürnberg um 30, Regensburg um 20, Hof um 15, Rosenheim um 25, Schweinfurt um 10 v. H. u. s. w. Die Verhältnisse in den Städten entsprechen den verschiedenen örtlichen Verhältnissen, Ursache und Wirkung ist aber überall gleich.

Zum besseren Verständnis erinnern wir daran, daß in der von den betreffenden Leipziger Kollegen angeführten Stelle in Nr. 12 der Metallarbeiter-Zeitung nur der unzulässige Hinweis steht, daß der Laib der Regierung als geringerer Steuergegenstand erschien. Selbstverständlich lag es nicht daran, für die Laibsteuer einzutreten. Siehe auch unsere Remonstration in Nr. 19, Seite 72.

Die angeführten Beispiele dürften wohl genügen, um zu zeigen, daß zwischen dem theoretischen Lehrsatze und der praktischen Gestaltung der Dinge oftmals ein großer Unterschied besteht und daß die indirekten Steuern bedeuten auf alle Fälle eine höhere Belastung des arbeitenden Volkes als die Erhebung einer direkten Steuer — zum mindesten — eine Ueberreizung ist. Es ist deshalb auch unverantwortlich, wenn man jeden, der in bestimmten Fällen eine indirekte Steuer einer direkten vorzieht, nun ohne weiteres einer Schädigung der Arbeiterinteressen, des Arbeiterverrats bezichtigt.

Mit diesen Darlegungen soll nun keineswegs gesagt sein, daß die Arbeiterschaft sich in Zukunft für indirekte Steuern mehr erwärmen solle und auch ich bleibe ein Gegner der Einführung indirekter Steuern, besonders solcher auf Lebensmittel und denen man sich nicht entziehen kann. Es sollte damit nur gezeigt werden, daß ein gedankenloses, rein schematisches und mechanisches Beurteilen von Dingen, die man nicht oder doch zu wenig versteht, vermieden werden soll und daß man nicht jeden, der irgend eine Sache auf Grund eingehender Studiums oder langjähriger Erfahrung anders als an Hand der landläufigen Schlagworte beurteilt, wegen seines „Umlernens“ nun scheel und verächtlich ansieht und als Arbeiterverräter brandmarkt.

Mehr eingehenderes Erforschen und tieferes Erfassen der volkswirtschaftlichen Aufgaben, dagegen weniger gedankenloses Nachsprechen parteilichem Verhältnissen oft in trassiertem Widerspruch stehen, mehr Duldsamkeit gegen Andersdenkende in ihrer Beurteilung und Stellungnahme zu den jeweiligen strittigen Fragen und vor allem: mehr Kollegialität in den eigenen Reihen!

Das ist die Forderung des Tages und eine Notwendigkeit für die Zukunft!
R. Schmidt (Würzburg).

Aus dem Kriegsausfluß für die Metallbetriebe Groß-Berlins

Der Schlosser A. von der Firma S.-Sch. will einen Kriegsausfluß, weil ihm der Lohn zu gering ist. A. ist erst seit 6 Wochen bei der Firma beschäftigt und hat inzwischen auch schon eine Zulage erhalten. Die der Vertreter der Firma angibt, hat A. im Betrieb bis jetzt noch keine weitere Zulage gefordert. Der Kriegsausfluß ist der Meinung, daß zunächst einmal im Betrieb selbst mehr Lohn gefordert werden müßte, und erst, wenn dies abgelehnt, könne der Kriegsausfluß über die Frage des Kriegsausflusses befinden.

Die Former F. und W. von der Eisengießerei E. wollen ihren Kriegsausfluß, weil sie bei dem Preis, der ihnen zugesagt war, nicht zu ihrem gewöhnlichen Verdienst kommen können. Die Firma stellt sich auf den Standpunkt, daß die Arbeit einmal zu dem Preis angefangen sei und nun auch fertig gemacht werden müsse. Der Kriegsausfluß hat jedoch des öfteren schon den Arbeitern geraten, daß, wenn ihnen eine Arbeit nicht genügend bezahlt erscheint, sie doch wenigstens einmal einen Versuch machen sollten. Da dies nun im vorliegenden Falle geschehen, kann sich der Kriegsausfluß der Anschauung der Firma nicht anschließen. Es erfolgt eine Verständigung dahin, daß der Preis für die Arbeit so gesetzt wird, daß die Former in der Lage sind, auch bei der vorliegenden Arbeit zu ihrem gewöhnlichen Verdienst zu kommen.

Von derselben Firma kam der Former F. und wollte einen Kriegsausfluß, weil er aussetzen mußte, ohne für die Zeit des Aussetzens bezahlt zu werden. Der Kriegsausfluß stellt sich auf den Standpunkt, daß, wenn die Firma trotz Störung sich ihre Arbeiter erhalten wolle, sie auch für die Zeit des Aussetzens den Arbeitern ihren Lohn zahlen müsse. Wenn nicht, stehe dem Arbeiter ein Kriegsausfluß zu.

Bei der Firma S. M. sind 5 Revolverdreher beschäftigt, denen von ihren Preisen ein Abzug gemacht werden soll, und da sich die Revolverdreher dies nicht gefallen lassen wollen, fordern sie den Kriegsausfluß. Es wird der Firma aufgegeben, sich mit den Revolverdrehern zu verständigen, andernfalls steht denselben der Kriegsausfluß zu.

Der Schlosser E. von der Firma B. & G. ist von der Firma entlassen, ohne einen Kriegsausfluß erhalten zu haben. Die Firma glaubte hierzu berechtigt zu sein. Es wird die Firma vom Kriegsausfluß darauf hingewiesen, daß jede Firma, die einen Arbeiter entläßt, verpflichtet ist, sofort den Kriegsausfluß auszustellen. Eine Firma, die das unterläßt, ist dem Arbeiter für die Dauer der Weigerung zu Schadenersatz verpflichtet.

Der Dreher E. von der Firma S. will einen Kriegsausfluß. Da E. erst 19 Jahre alt ist und 1,44 bis 1,50 M die Stunde verdient, kann ihm wegen zu geringem Verdienste der Kriegsausfluß nicht ausgestellt werden. Da E. jedoch behauptet, daß er ohne Kriegsausfluß eingestellt worden ist, wird die Firma aufgefordert, den dem Dreher bei der Einstellung abgenommenen Kriegsausfluß vorzulegen. Wenn sie E. ohne Kriegsausfluß eingestellt hat, so muß sie jetzt einen Kriegsausfluß ausstellen.

Der Schlosser D. von der Firma B. ist vor drei Wochen mit 1 M die Stunde eingestellt und erhielt die Zusicherung, in kürzester Frist Zulage zu erhalten. Unter dieser Zusicherung versteht die Firma es als ausreichend, daß sie ihm 5 S. mehr gegeben hat. Der Kriegsausfluß ist der Meinung, daß das keine ausreichende Erfüllung des Versprechens ist, und da sich die Firma nicht bereit erklärt, mehr Zulage zu geben, so erhält der Schlosser den Kriegsausfluß.

Unter Verband in der 109. Kriegswoche

Das Ergebnis der Erhebungen über die Mitgliederbewegung und Arbeitslosigkeit im Verband während der 109. Kriegswoche ist in nachstehender Übersicht dargestellt.

Trotz erfolgter Mahnung sind Berichte hierzu nicht eingegangen von den Verwaltungstellen. Cuxhaven, Uetersen, Langermünde, Lörchen, Zweibrücken und Lindau.

Übersicht über die Zeit vom 27. August bis 2. September 1916.

| Woche | Bevölkerung | | Arbeitslos | | Arbeitslos | | Arbeitslos | Arbeitslos | Arbeitslos | Arbeitslos |
|-------|-------------|------------|------------|------------|------------|------------|------------|------------|------------|------------|
| | Bev. | Arbeitslos | Arbeitslos | Arbeitslos | Arbeitslos | Arbeitslos | | | | |
| 1. | 36 | — | 6355 | 46 | 18 | 6309 | 14 | 0,2 | 30 | — |
| 2. | 30 | — | 4880 | 51 | 31 | 4829 | 15 | 0,3 | 33 | — |
| 3. | 32 | — | 7687 | 120 | 58 | 7517 | 16 | 0,2 | 47 | — |
| 4. | 53 | — | 36243 | 271 | 98 | 35972 | 106 | 0,3 | 623 | — |
| 5. | 82 | 1 | 29294 | 224 | 120 | 29070 | 44 | 0,2 | 375 | — |
| 6. | 41 | 2 | 29237 | 252 | 114 | 29086 | 30 | 0,1 | 161 | — |
| 7. | 37 | — | 26884 | 337 | 180 | 26547 | 26 | 0,1 | 127 | — |
| 8. | 29 | — | 10321 | 82 | 36 | 10242 | 19 | 0,2 | 162 | — |
| 9. | 49 | 2 | 17969 | 228 | 147 | 17743 | 64 | 0,3 | 275 | — |
| 10. | 39 | 1 | 19969 | 172 | 77 | 19797 | 320 | 1,6 | 1550 | — |
| 11. | 1 | — | 51779 | 310 | 310 | 51469 | 388 | 0,6 | 1008 | — |

Zusammenfassung: 428 6 | 239571 | 2091 | 1169 | 237480 | 1563 | 0,7 | 4241

Zu der Berichtswache wurden (außer Berlin) 1666 neue Mitglieder aufgenommen. 1169 Mitglieder wurden zum Heer eingezogen, 520 vom Heer entlassen. 9938 Mitglieder = 1,7 v. H. waren krank gemeldet, an welche 18768 M. Unterstützung ausbezahlt wurde.

